

Vertrauen und Verantwortung

Grundlagen einer Gesellschaftsanalyse

Teil I: Gemeinwohl

Christoph Noebel

3.6 Wohlstand

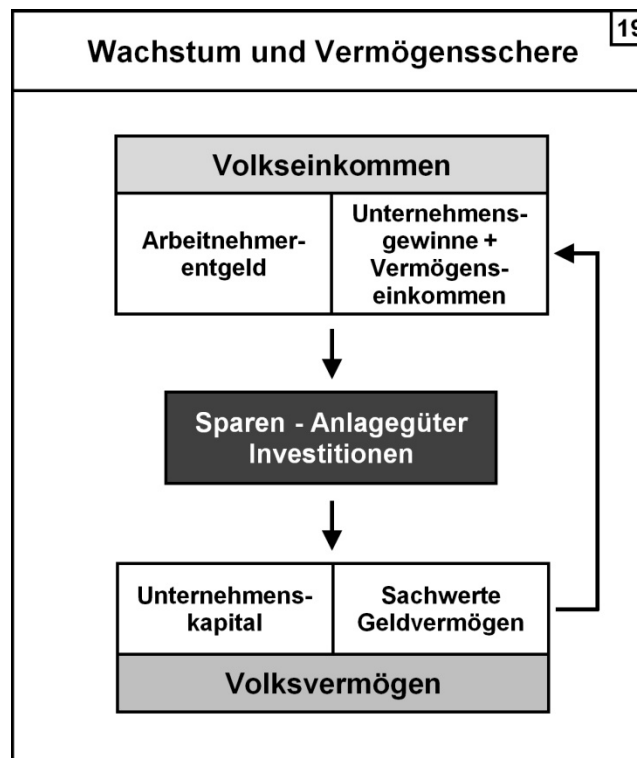
3.6.2 Wohlstand und Wachstum

Das Verhältnis zwischen materiellem Wohlstand als punktuellen Zustand und dessen Wachstum gewinnt zunehmend an gesellschaftspolitischer Brisanz. Grundsätzlich lässt sich Wirtschaftswachstum als die Rate bezeichnen, mit der Wohlstand, gemessen am BIP, über einen Zeitraum hinweg steigt, konstant bleibt oder fällt. Da die Wirtschaftsleistung systembedingten Zyklen und externen Schocks unterliegt, bleibt es nicht aus, dass sich Wachstumsraten nicht gleichmäßig verhalten und auch negativ ausfallen können. Sollte das BIP über ein halbes Jahr hinweg sinken, spricht man offiziell von einer *Rezession*. Ein wichtiges Anliegen staatlicher *Wirtschaftspolitik* liegt somit nicht nur in der Zielsetzung, das Wohlstandsniveau zu erhalten oder zu steigern, sondern auch die Wirtschaftskonjunktur möglichst stabil zu halten und Schwankungen mit Gegenmaßnahmen auszugleichen.

Obwohl wachsender Wohlstand nur bedingt zu allgemein steigender Zufriedenheit führt, muss auf seine Vorteile für die Gesellschaft hingewiesen werden. Grundsätzlich lässt sich Wohlstand als Motor des sozialen Fortschritts bezeichnen. Er ermöglicht den Ausbau von Bildung, Forschung, Arbeitschancen, Mobilität, Gesundheit und Altersvorsorge. Materieller Wohlstand erlaubt den meisten Menschen, sich eine Vielzahl an persönlichen Freiheiten leisten zu können. Die Wahrung des Friedens und innerer Sicherheit lässt sich einfacher gestalten, wenn ein Maß an Wohlstand herrscht, der relativ gerecht verteilt ist. Auch die Staatsform der Demokratie mit ihrem allgemeinen Anspruch auf soziale Teilhabe funktioniert besser unter den Bedingungen materieller Sicherheit. Es bedarf nur eines Blicks auf die Probleme vieler Entwicklungsländer, um zu erkennen, welchen gesellschaftlichen Stellenwert materieller Wohlstand einnehmen kann.

Trotz erheblicher Vorteile birgt das Wirtschaftswachstum ernsthafte Probleme. Dazu zählt zunächst ein Verteilungsprozess, der die Entwicklung ökonomischer Ungleichheit schürt und die Risiken sozialer Verwerfungen erhöht. Um diesen Prozess zu erläutern ist es hilfreich, noch einmal zur Definition des BIPs zurückzukehren. Da sich das im BIP enthaltene Volkseinkommen nicht nur aus Arbeitseinnahmen, sondern auch aus Erlösen der Kapitalanlagen speist, verweist dieser Sachverhalt auf ein ökonomisches Verteilungsproblem. Dabei geht es nicht um das Generieren von Unternehmensgewinnen, sondern primär um das Einkommen aus privatem Vermögen. Wie im Diagramm 19 verdeutlicht, ist das Wirtschaftswachstum mit einer einseitigen Vermögensbildung verknüpft. Wir haben es mit einer kumulativen Wertsteigerung zu tun, wenn Personen und Institutionen durch Reinvestieren ihrer Vermögenswerte stetig mehr Vermögen generieren. Da durchschnittliches Einkommen aus Arbeit trotz Sparmöglichkeiten nicht über einen derartigen Multiplikator verfügt, ist es die auseinanderdriftende Vermögensverteilung, die zum Problem ökonomischer Ungleichheit führt. Daten des Statistischen Bundesamts belegen, dass Einkommen aus Angestelltenverhältnissen durchschnittlich geringer steigen als Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Da Vermögenswachstum durch wirtschaftliche, politische und naturbedingte Schocks stets Schwankungen unterliegt, be-

steht kein Zweifel, dass *ohne staatliche Eingriffe* die im Diagramm 19 illustrierte Dynamik einer Ausweitung der Vermögensschere stattfindet.



Obwohl der Vermehrungsprozess, der Reiche durch ihr Vermögen reicher werden lässt, für jeden Laien nachvollziehbar ist, sorgte die ambitionöse und umstrittene Langzeitstudie des Ökonomen Thomas Piketty (2013) für viel öffentliche Aufmerksamkeit. Er zeigte mit statistischen Methoden auf, dass die Vermögensrendite (r) dauerhaft den Wert des Wirtschaftswachstums (g) übertrifft. Seine vermeintliche *Weltformel* ($r > g$) ließe sich daher als Beleg heranziehen, dass der grafisch illustrierte Verteilungsprozess einem unaufhaltsamen Muster entspricht.

Die absolute Allgemeingültigkeit dieser Formel muss jedoch relativiert werden, denn es lassen sich durchaus Argumente anführen, die Zweifel an Pikettys Methode und Ergebnis als ausnahmslose Gesetzmäßigkeit aufwerfen. Abgesehen davon, dass Kapitalerträge in Rezessionen in der Regel stärker fallen als das BIP, ignoriert Piketty in seiner Weltformel die Besteuerung der Rendite (r). Außerdem schreibt er die ungleichen Wachstumsverhältnisse dem *Kapitalismus* zu. Da Kapitalanlagen jedoch unterschiedliche Formen annehmen können, werden wir später argumentieren, dass der klischeehafte und diffuse Begriff des Kapitalismus unter Unschärfe leidet und ernsthafte Diskurse erschwert [K4.8]. Schließlich ist das Verhältnis der ungleichen Vermögensverteilung zum Wirtschaftswachstum nicht nur auf Eigentumsverhältnisse zurückzuführen, sondern auch auf eine ineffektive Sozial- und Finanzpolitik des Staates. Aus diesem Grund ist Pikettys Forderung einer gerechteren Steuerpolitik auf Kapitalerträge und persönliches Vermögen nicht unberechtigt [K5.8].

Marktliberale Ökonomen, Wirtschaftskommentatoren und Politiker verbinden mit Wirtschaftswachstum den Prozess eines *Trickle-Down-Effects*. Durch ihn wird der steigende Wohlstand zwar nicht gleichmäßig verteilt, er soll jedoch auch den unteren Gesellschaftsschichten zugutekommen. Es mag sicherlich zutreffen, dass die Mehrheit der Bevölkerung am Wirtschaftswachstum beteiligt wird. Ein Blick auf die Entwicklung der Reallöhne lässt allerdings bezweifeln, ob dieser Effekt ausreicht und nicht einige Gesellschaftsgruppen vom allgemein steigenden Wohlstand ausschließt. Nimmt man offizielle

Daten des Statistischen Bundesamts als Ausgangspunkt, stiegen Reallöhne in Deutschland über die letzten Jahrzehnte hinweg um eine geringere Rate als das reale BIP. Dieser statistische Trend deckt sich mit der allgemeinen Wahrnehmung in der Gesellschaft, dass viele Menschen nicht genügend in den Genuss wachsenden Wohlstands kommen.

Neben den Auswirkungen ökonomischer Ungleichheit und den konjunkturell bedingten Phasen der Arbeitslosigkeit wirft Wirtschaftswachstum ein weiteres Problem für einen Großteil der berufstätigen Bevölkerung auf. Es bezieht sich auf die Ungewissheiten der zukünftigen Arbeitswelt und den zu erwartenden Strukturveränderungen. Eine detaillierte Analyse dieses Themenbereichs überschreitet den Rahmen dieses Textes, dennoch lassen sich einige Aspekte nennen, die zu Veränderungen der Arbeit von morgen beitragen. Dazu zählen insbesondere technologische Innovationen, Digitalisierung und Automatisierung, die Entwicklung künstlicher Intelligenz, demografischer Wandel, soziokulturelle Veränderungen hinsichtlich der Work-Life-Balance, die Integration von Einwanderern, Debatten über Freihandel und Globalisierung sowie die Entwicklungen der Umwelt und des Klimawandels.

Die Finanzkrisen von 2008 und 2010 verwiesen auf das Problem allgemein hoher Verschuldungsraten, die zum Teil auf den Prozess des Wirtschaftswachstums zurückzuführen sind. Der im Diagramm 19 aufgezeigte Prozess steter Vermögenssteigerung führt dazu, dass ständig steigende Geldmengen in den Finanzmärkten angelegt werden. Dieser Wachstumseffekt äußert sich in steigenden Investitionssummen der institutionellen Anleger, Rentenkassen, Versicherungen und Investmentfonds. Wirtschaftswachstum bedeutet daher, dass auf der Anlegerseite die Nachfrage nach Spar- und Anlagemöglichkeiten ständig steigt. Umgekehrt bietet diese Entwicklung eine Voraussetzung für Kreditnehmer, um sich höher zu verschulden. Hierbei handelt es sich nicht nur um private Personen und Unternehmen, sondern auch um den Staat. Während die Finanzkrise 2008 auf den Immobilienboom in einigen Ländern und die Verbriefung der Hypotheken privater Haushalte zurückzuführen war, lagen die Ursachen der europäischen Staatsschuldenkrise in 2010 primär bei der überhöhten Staatsverschuldung einiger europäischer Länder und ihrer Abhängigkeit vom Wertpapierhandel auf den internationalen Kapitalmärkten [K4.7].

Neben den Gefahren inhärenter Instabilität der Kapitalmärkte und einer unzureichenden Bankenregulierung lässt sich Vermögenswachstum als zusätzlichen Risikofaktor bezeichnen. Es trägt dazu bei, dass aus gewöhnlichen Schwankungen der Finanzmärkte ernsthafte Banken Krisen entstehen können. Die auf Wirtschaftswachstum basierende Vermögenssteigerung mag zwar eine Friedensprämie darstellen und insgesamt einen hohen Grad an Zufriedenheit bewirken, sie sorgt jedoch nicht nur für soziale Ungerechtigkeit, sondern bläht auch die Finanzwelt dermaßen auf, dass ohne effektive Staatsregulierung weitere Finanzkrisen nicht auszuschließen sind. Folglich sollten Kommentatoren, die sich öffentlich zu kontinuierlichem Wachstum bekennen, darauf achten, dass sie gleichzeitig dessen Auswirkung auf die Finanzmärkte im Blick behalten [K4.6.11].

Abschließend sei auf das langfristig gravierendste Problem des Wirtschaftswachstums hingewiesen: Die steigende Güterproduktion steht in einem direkten Verhältnis zur Schädigung der natürlichen Umwelt. Sie trägt seit der Industrialisierung dazu bei, nicht nur die lebensnotwendige Artenvielfalt der Natur zu zerstören und Vorkommen nicht-erneuerbarer Rohstoffe auszuschöpfen, sondern die klimatischen Bedingungen der Erde zu verändern und dadurch der Menschheit zu schaden. Der Bericht des *Club of Rome* von Donella H. Meadows et al. (1972) wies deutlich auf diese Gefahren hin, sodass längst nicht behauptet werden kann, man wisse davon nichts oder es handle sich um neue Erkenntnisse. Das Problem des Klimawandels wird mit den zunehmenden Wetterkapriolen immer erfahrbarer und daher ist zu erwarten, dass drastische Klimaveränderungen

für die derzeit jungen Menschen und späteren Generationen zu Belastungen führen werden.

Das gesellschaftspolitische Konzept der *Nachhaltigkeit* ist deutlich mit dem der Generationengerechtigkeit verbunden, denn es befasst sich mit den Auswirkungen des Wirtschaftens und moderner Lebensformen auf die Natur, Umwelt und das Klima. Seit geraumer Zeit wird diesbezüglich anhand des *ökologischen Fußabdrucks* und der *Biokapazität* ein statistischer Wert erstellt. Er bezieht sich auf die Größe der Landfläche in Hektar pro Kopf, die eine Gesellschaft für sich nutzt und der Natur entnimmt. Nach Angaben des *Global Footprint Networks* und der *European Environment Agency* beansprucht die deutsche Bevölkerung 5,5 Hektar Land pro Person. Da ihr für ökologisch neutrales Wirtschaften nur 2,3 Hektar zur Verfügung steht, erwirtschaftet und konsumiert sie ein *ökologisches Defizit* von 3,2 Hektar und lebt somit weit über ihre naturgegebenen Verhältnisse. Als Gegenbeispiel verfügt das dünn besiedelte Finnland zwar über einen höheren Fußabdruck pro Person, aber trotzdem über eine hohe *ökologische Reserve* von 6,6 Hektar.

Daraus ist zu schließen, dass die *Bevölkerungsdichte* einen wesentlichen Faktor in der Berechnung des ökologischen Fußabdrucks darstellt. Obwohl wir uns primär auf Zustände in Deutschland konzentrieren, ist es aufschlussreich, die Verbindung zwischen ökologischem Fußabdruck und Wirtschaftswachstum in einen internationalen Kontext zu stellen. Die Tatsache, dass wohlhabende Länder unverhältnismäßig über ihre natürlichen Grenzen hinaus wirtschaften, geht zum Teil auf Kosten der Entwicklungsländer, denn deren Bevölkerung lebt weitgehend mit der Natur im Einklang. Neben den Ausnahmen skandinavischer Industrieländer überrascht es daher nicht, dass die armen Kontinente Afrika und Südamerika über ökologische Reserven in Höhe von 1,2 Hektar, beziehungsweise 2,5 Hektar pro Person verfügen.

Bei den Problemen des Klimawandels und begrenzter Rohstoffvorkommen haben wir es mit einem generationsübergreifenden Verteilungsproblem von gewaltigem Ausmaß zu tun. Dazu kommt, dass nicht nur die wohlhabenden Industrieländer über ihre Verhältnisse im Vergleich zu den Entwicklungsländern leben, sie betreiben auch eine unverantwortliche Ausbeutung knapper Rohstoffe und tragen dadurch langfristig zu geringeren Wachstumschancen der Entwicklungsländer bei. Abgesehen von den Umweltschäden, die dort von internationalen Firmen meist mit Genehmigung der lokalen Regierungen verursacht werden, verlieren sie einen Großteil ihrer wertvollen Ressourcen, die zukünftigen Generationen höheren Wohlstand hätte sichern könnten.

Wie der Anthropologe Jason Hickel (2017) zugespitzt, aber überzeugend, beschreibt, werden die natürlichen Grenzen des Wachstums einerseits von den Industrieländern überschritten, andererseits zahlen die ärmsten Länder den Preis dafür. So lässt sich zusammenfassen, dass obwohl steigender Wohlstand auch in Entwicklungsländern die Lebensqualität verbessert, die dortigen Probleme der sozialen Ungerechtigkeit, Staatsverschuldung und des Raubbaus natürlicher Ressourcen nicht grundlegend beseitigt werden. Streben nach materiellem Wirtschaftswachstum ohne vernünftige Politik kann daher langfristig nicht nur in den Industriestaaten für Folgeschäden sorgen, sondern in den ärmsten Entwicklungsländern weiteres Elend, soziale Verwerfungen, Kriege und Migration verursachen.

Die zentrale Frage lautet nun, wie zukünftig mit dem Konflikt zwischen den Vorteilen des Wohlstandswachstums und dessen ökologischen Folgen umzugehen ist. Welche Maßnahmen wirtschaftspolitischer Art sind notwendig, um die *Lebensqualität* der Menschen nicht zu sehr einzuschränken und dennoch die vom Wachstum verursachten Schäden in der Natur zu minimieren? Generell scheint ein Konsens zu herrschen, dass ohne Rückgang des Konsums und Wirtschaftswachstum sowie ohne Technologiefort-

schritte die ökologischen Zukunftsprobleme kaum zu lösen sind. Obwohl sich viele staatliche Entscheidungsträger dieser Erkenntnis lange entzogen haben, finden zunehmend Debatten über die Frage statt, wie der Wandel hin zu einer ökologisch neutralen Wirtschaftsform aussehen könnte. Hierzu lassen sich einige Aspekte und Zukunftsszenarien nennen.

In Bezug auf öffentliche Debatten lautet das Problem, unter welchen Umständen eine zukünftige *Postwachstumsgesellschaft* die *Lebensqualität* auf dem aktuell recht hohen Niveau erhalten kann. Diese Frage spricht nicht nur den Einzelnen an, sondern auch die Gesellschaft als Ganzes. Grundsätzlich bedarf es eines *Sinneswandels* der Menschen, weg von der starken Ausrichtung auf Konsum und hin zu einem sozialen Gefüge, in dem die individuellen Motive der *Verantwortung*, Gemeinnützigkeit und die Wertschätzung immaterieller Güter in den Vordergrund rücken. Diesbezüglich fordert der Sozialwissenschaftler Meinhard Miegel (2011) einen „Wohlstand ohne Wachstum“. Ersetzen wir den Begriff des Wohlstands mit Zufriedenheit und Lebensqualität, lässt sich seine Vorstellung mit unserem *integrativen Modell* des *Homo oeconomicus* verbinden. Darin gestehen wir dem theoretischen Wirtschaftsmenschen neben Bedürfnissen materieller Art auch immaterielle und gemeinnützige Motive zu [K4.2].

Ehrenwert und notwendig, wie die Forderung einer weitgehend immateriellen Ausrichtung sein mag, bleibt die Frage unbeantwortet, wie die Bevölkerung diesen Gesinnungswandel vollziehen kann und wird. Verfügt sie über die *Vernunft*, ihr Verhalten aus sich heraus zu ändern? Oder bedarf es besonderer Anstrengungen der Politik, Wissenschaften, Bildungseinrichtungen, Medien und des zivilgesellschaftlichen Engagements, um die Notwendigkeit des Wandels zu erklären und einzuleiten?

Wenden wir uns dem Wirtschaftssystem zu, stellt sich die Frage, welche Wirtschaftspolitik betrieben werden könnte, um die international festgelegten Klimaziele einzuhalten. Wie lassen sich unternehmerische Verfahren der privaten Marktwirtschaft mit dem Anspruch eines geringen ökologischen Fußabdrucks in Einklang bringen? Hierzu lassen sich drei Ansatzpunkte nennen. Zunächst herrscht unter Vertretern *markoliberalen* Positionen die These, die freie Marktwirtschaft könne aus eigener Kraft den Herausforderungen des ökologischen Wandels gerecht werden. Wenn die Nachfrage für klimaneutrale Produkte existiert, so heißt es, wird die Wirtschaft entsprechende Angebote liefern. Auf dieses Argument der *unsichtbaren Hand* des Marktes und warum es hinsichtlich der ökologischen Folgeschäden zu kurz greift, werden wir in unserer Analyse des *Marktversagens* genauer eingehen [K4.6].

Der zweite Ansatz beruht auf dem Konzept einer *grünen Wirtschaftspolitik*. Sie geht auch von der Innovationskraft und wettbewerbsfördernden Dynamik der freien Märkte aus, gesteht jedoch ein, dass der Staat mit innovationsfördernden Maßnahmen den entsprechenden Ordnungsrahmen schaffen muss. Eine auf Ökologie und soziale Gerechtigkeit ausgerichtete Wirtschaftspolitik müsse den Produzenten und Verbrauchern die entsprechenden Möglichkeiten und Anreize bieten, um ihr Verhalten zu verändern und auf einen nachhaltigen Pfad zu lenken. Obwohl dieser Ansatz mehr Substanz und Details erfordert, entspricht er weitgehend dem Grundgedanken der sozialen Marktwirtschaft. In diesem Kontext sei der Begriff der *Glokalisierung* erwähnt. Er bezieht sich auf das gesellschaftspolitische Konzept, die Globalisierung der Lieferketten in systemkritischen Bereichen zurückzufahren. Neben der Sicherung lebenswichtiger Güter und Dienstleistungen handelt es sich dabei nicht um eine Rückkehr zum Nationalismus, sondern um eine Stärkung der regionalen und lokalen Wirtschaftsentwicklung, die auch der Umwelt zugutekommt.

Im Gegensatz zur marktliberalen These verlagert der Ansatz grüner Wirtschaftspolitik einen wesentlichen Teil der *Verantwortung* für den ökologischen Wandel auf das

Staatswesen. Wie wir argumentieren werden, leiden jedoch Politik und öffentliche Verwaltung unter ihren eigenen Formen des Versagens. Sie äußern sich insbesondere durch ihre Handlungsträgheit und verhindern daher nicht nur rasche Entscheidungen, sondern auch die zügige Umsetzung notwendiger Reformen. Da politisches und behördliches Versagen einen gesellschaftspolitisch brisanten Themenbereich abdeckt, werden wir uns einigen Aspekten und Ursachen dieses Problems separat widmen [K5.7].

Sowohl der rein marktorientierte als auch der grüne Ansatz leiden unter dem Problem, dass sie womöglich mit langen Verzögerungen einhergehen, die der Klimawandel nicht hergibt. Daher wäre es dienlich, nicht nur über die Gestaltung einer *grünen Ökonomie* zu diskutieren, sondern auch von einem *grünen Staatswesen*, das sich explizit ökologische Zielsetzungen, geringe Ressourcenverschwendung, effektive Planung und Regulierungsmaßnahmen auf die Fahnen schreibt.

Es ist die Dringlichkeit und Ernsthaftigkeit der aktuellen Lage, die den Vertretern der *Postwachstumsökonomie* unter den Nägeln brennt und sie dazu bewegt, drakonische Veränderungsstrategien vorzuschlagen. Daher fordert ein Sprecher dieses Ansatzes, der Ökonom Niko Paech (2012), dass nicht nur extremer Konsumverzicht notwendig sei, sondern sich das kapitalistische Wirtschaftssystem in eine *vorindustrielle Gesellschaft* zurückverwandeln müsse. Trotz seines überzogenen Kulturpessimismus, der kaum wirtschaftliche Innovation zugunsten der Umwelt zulässt, spricht Paech in seiner Wachstumskritik zwei wichtige Elemente an.

Erstens lässt sich seine Prognose und Lösung als eine durchaus *konsequente* Folge der aktuellen Gefahren bezeichnen. Zweitens weisen seine apokalyptischen Szenarien auf den Sachverhalt hin, dass nicht viel Zeit zu handeln bleibt. Die Forderung eines extremen Zurückfahrens der industriellen Wirtschaft und eine Rückkehr zu lokaler Kleinwirtschaft mögen als allumfassendes Gesamtkonzept utopisch sein. Dennoch dienen sie dem Zweck, öffentliche Debatten anzustoßen und die Problematik ins öffentliche Bewusstsein zu tragen. Vielleicht benötigt es hinsichtlich des Klimawandels extremer Positionen, um politische Entscheidungsträger aufzurütteln und sie zu Handlungsbereitschaft aufzufordern.

Obwohl Ideen für eine zunehmend lokal aufgestellte Wirtschaft als Gegenstück zur Globalisierung durchaus vertretbar sind, leidet Paechs Ansatz unter dem Problem der Realitätsferne. Durch den Ausschluss wichtiger Wachstumstreiber beschreibt er zwar den Zustand einer Postwachstumswelt, er ist jedoch nicht bereit und fähig, den gesellschaftspolitischen Prozess zu skizzieren, der zu diesem Ziel führen soll. Außerdem bemüht Paech sich nicht, die möglichen sozialen Folgen dieses Weges zu prognostizieren. Somit ist nicht auszuschließen, dass in einer Rückkehr zur vorindustriellen Welt die öffentliche Versorgung im Bereich der Sozialleistungen, Bildung oder des Gesundheitswesens auf einen Bruchteil des heutigen Niveaus fällt.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie ein derart radikaler Wandel von der Zivilgesellschaft aufgenommen würde. Schließlich sind soziale Umgestaltungen dieser Art nur dann durchführbar und dauerhaft, wenn nicht nur die breite Bevölkerung daran teilnimmt, sondern die politischen und wirtschaftlichen Institutionen die Notwendigkeit derartiger Änderungsprozesse anerkennen. Daher muss der Bildung und dem öffentlichen Diskurs eine führende Rolle eingeräumt werden, um nicht nur über die Notwendigkeit, sondern auch über die Möglichkeiten des gesellschaftlichen Wandels Aufklärungsarbeit zu leisten.

Literatur

Hickel, Jason (2017), „The Divide. A Brief Guide to Inequality and Solutions“; deutsche Ausgabe: „Die Tyrannei des Wachstums, Wie globale Ungleichheit die Welt spaltet und was dagegen zu tun ist.“, dtv, 2018

Meadows, Donella H. et al. (1972): „Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit“, Deutsche Verlags-Anstalt, 1972

Miegel, Meinhard (2011): „Exit: Wohlstand ohne Wachstum“, List Taschenbuch, 2011

Paech, Niko (2012): „Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie“, oekom verlag, 2012

Piketty, Thomas (2013): „Le Capital au XXIe siècle“; deutsche Ausgabe: „Das Kapital im 21. Jahrhundert“, Verlag C.H.Beck, 2014